

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1890

15.4.1890 (No. 102)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 15. April.

№ 102. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1890. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 14. April.

Heute finden sich in Wien abermals die Vertrauensmänner der beiden Volksstämme Böhmens zusammen, um an dem Ausgleichswerke weiterzuarbeiten, das im Januar begründet worden ist. Die Ausgleichskonferenzen, denen man mit recht starken Zweifeln entgegengehehen hatte, fanden damals einen erfolgreichen Abschluß; es entsand unter der Förderung der Regierung der deutsch-böhmische Ausgleich in jenen klaren Puntationen, denen alle Teilnehmer der Konferenz ihre Zustimmung gaben. Die „Nachkonferenzen“, zu denen sich die Teilnehmer jener Beratungen nunmehr in Wien versammeln, werden mit dieser festen Basis zu rechnen haben. Die formale Durchführung der im Januar getroffenen prinzipiellen Vereinbarungen wirksam vorzubereiten muß ihr thätigster Zweck sein. Die Männer, welche sich abermals mit den Räten der Krone zur Arbeit vereinigen, werden die Vorlagen zu prüfen haben, in denen der Ausgleich dem böhmischen Landtage zur parlamentarischen Behandlung und Vollendung zugeführt werden soll. In dem gegenseitigen Ideenaustausch, in der Erörterung der einzelnen Ausgleichspuntationen wird sich Gelegenheit genug ergeben, der parlamentarischen Diskussion vorzuarbeiten, ihr die Bahnen zu ebnen und die endgiltige Einigung zu erleichtern. Daß man an maßgebender Stelle den Ausgleich ehlich und ernst nimmt und sich den mannigfachen kleineren Anregungen, welche seither von dieser oder jener Seite gegeben worden sind, nicht verschlossen hat, ist bekannt: man darf also erwarten, daß die Regierung dem Vertrauen, das ihr entgegengebracht wird, bis zur völligen Krönung des Ausgleichsgebändes entsprechen wird. Bedenklicher erscheint es, wenn heute, angesichts der Nachkonferenzen, da und dort neue Wünsche und Forderungen erhoben werden, deren Erfüllung das erreichte Verständigungsergebnis, die ebenso klar als fest formulierten Ausgleichspuntationen verrücken müßte. Die Konferenzen des Januar haben keineswegs mit halben Beschlüssen gendert; sie sind keineswegs unter der Voraussetzung finalisiert worden, daß bei weiteren Erörterungen wesentliche neue Punkte in das durch sie Erreichte eingeführt werden sollten. Jeder Wunsch von der einen Seite bedingt einen Gegenwunsch von der anderen, und bei der Aufstellung neuer Forderungen würde sich auch ein erneuter Wettstreit im Wünschen und Fordern entwickeln. Nur im Sinne der extremen Elemente Böhmens würde man handeln, wenn die „Nachkonferenzen“ als Anlaß zur Aufwerfung neuer Streit- oder — sagen wir — Verständigungsfragen begrüßt würden, wenn sie den Anstoß zur Aufstellung neuer, über die Ausgleichspuntationen hinausreichender Forderungen bieten sollten, in denen nachgerade eine Partei die andere überbieten und das Ziel des ganzen Ausgleichswerks in nebelhafte Ferne rücken oder unerreichbar machen würde. Vor dieser Gefahr warnt das „Freundenblatt“ heute in einem längeren Artikel, an dessen Schlusse es sagt: „Wenn

Böhmen in der That das politische Schlachtfeld Oesterreichs ist, auf dem über Krieg und Frieden im ganzen Reiche entschieden wird, so werden es all die erprobten Patrioten, welche berufen sind, auf den Nachkonferenzen ihre Stimme zu erheben, als ihre Pflicht erkennen, Frieden zu machen auf diesem Kampfesfelde. Und wie könnte dieser Friede fester verbürgt werden als durch maßvolles und einträchtiges Mitwirken bei dem formalen Abschlusse, bei der völligen Krönung des Einigungswerkes? Der Jubel, mit welchem die Proklamirung des Ausgleichs in deutschen und tschechischen Gauen begrüßt worden ist, darf nicht voreilig, nicht verübt gewesen sein, kein Mißton störe die Harmonie, welche nach langen Jahren zum erstenmale auf dem schwierigsten Gebiete unserer inneren Politik erzielt worden ist. Nicht in der Erweiterung der eigenen Wünsche, in weiser Mäßigung und dem edlen Streben nach Erreichung des gemeinsamen, großen und beglückenden Zieles äußere sich der Ehrgeiz der Patrioten, welche mitzuwirken haben an der Krönung des böhmischen Ausgleichs.“

Deutschland.

* Berlin, 13. April. Seine Majestät der Kaiser arbeitete heute Vormittag zunächst einige Zeit allein und begab sich darauf mit Allerhöchster Gemahlin zu Wagen nach der Garnisonkirche. Nach Beendigung des Gottesdienstes erließ die Kaiser Regierungsvorlagen.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist die Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes vom 13. Mai 1888, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der durch die Hochwasser im Frühjahr 1888 herbeigeführten Verheerungen, zugegangen.

Zu den letzten Nachrichten über Dr. Peters bemerkt die „Koloniaal-Ztg.“: „Ob er, seinen ursprünglichen Plänen treu, zunächst nach dem Beringosee ging und sich dann erst, vielleicht nachdem er dort die Nachricht von dem Abmarsch Emin aus Wadai erhalten hatte, nach dem Uferwiese wandte, oder ob er von der Keniastation aus direkt nach diesem See marschirte, darüber lassen sich nur Vermuthungen aufstellen. Etwas Wahrscheinlichkeit gewinnt die letztere Annahme durch den Umstand, daß die Leute, mit welchen Borchert sprach, den „großen See“ als Ziel der Reise des Dr. Peters durch Massailand bezeichneten. Die Kaviroinobucht ist der Punkt, an welchem die Demarkationslinie zwischen der englischen und der deutschen Interessensphäre den Uferwiese erreicht. Ist Peters von da südlich gezogen, so hat er die deutsche Interessensphäre wieder betreten und befindet sich in einem Gebiet, in welchem er möglicherweise Emin Pascha auf dessen bevorstehendem Zuge begegnet.“

Ueber die in Aussicht gestellten Heeresvorlagen schreibt die „Post“:

Bei den kommenden Heeresvorlagen handelt es sich in erster Linie um die übliche Ausgestaltung der beiden neuen Armeecorps und die Ausgleichung aller Abnormitäten, welche bei den älteren Armeecorps durch die Aufstellung jener entstanden sind oder sonst woher noch bestehen. Es kommen hier die Etatsverhältnisse der Infanterie, die Vervollständigung der Feld-Artillerie, der Pio-

niere, des Trains, wie der Fuß-Artillerie in Betracht. Im Reichsland sind zur Zeit noch 7 Infanteriebataillone hinsichtlich der Mannschaften auf dem niederen Etat. Die beiden Armeecorps in Ost- und Westpreußen haben überhaupt noch keine Infanterietruppentheile auf dem hohen Etat, was im Interesse der Kriegsbereitschaft doch hier ebenso erforderlich erscheint als im Reichslande. Bei der Feld-Artillerie handelt es sich darum, alle fahrenden Abtheilungen auf 3 Batterien, alle Regimenter auf 3 fahrende Abtheilungen zu bringen. Eine Errichtung neuer reitender Batterien steht nicht in Aussicht, dagegen durchgehends die Bildung von Abtheilungen zu zwei Batterien, wodurch es nicht nur möglich ist, bei dem jetzigen Stande an reitenden Batterien alle Armeecorps mit reitender Artillerie auszustatten, sondern der Verband sich besser als bisher der kriegerischen Verwendung anpaßt. Die Zahl der neu zu bildenden Abtheilungen bezw. Batterien der gesamten Feld-Artillerie kann danach leicht berechnet werden. Daß sowohl die Zahl von 100 als von 72 neuen Batterien zu hoch gegriffen ist, ergibt sich ohne weiteres. Die Aufstellung von 1 Pionierbataillon, 2 Trainbataillonen, 3 Fuß-Artilleriebataillonen nebst 2 Regimentsverbänden der letzteren würde den Abschluß der durch die Vermehrung der Armeecorps bedingten Maßregeln ausmachen; die betreffenden Vorlagen sind unbedingt für die erste Tagung des neuen Reichstages in Aussicht. Die sonstigen Militärvorlagen, wie die Aufstellung von 1 Reserve-Infanteriebataillon und 1 Reserve-Eskadron in jedem Armeecorpsbezirk, und die mit der Aufbesserung der Beamtengehälter im Reiche und in Preußen zusammenhängende Gehaltserhöhung gewisser Offiziersklassen fallen vielleicht mit dem nächsten Reichshaushaltsetat zusammen. Die zunächst kommenden Vorlagen schließen eine wesentliche Vermehrung der Mannschafsziffer und damit eine Durchbrechung des sogenannten Septennatsgesetzes von 1887 in sich. Ob damit die Vereinbarungen auf längere Zeitdauer überhaupt aufgegeben werden, wie man vielfach annimmt, entzieht sich der Beurtheilung.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 13. April. Seine Majestät der Kaiser, welcher sich Dienstag Abends zum Besuche seiner Tochter, der Prinzessin Gisela von Bayern, nach München begab, ist gestern früh von dort wieder in Wien eingetroffen.

Italien.

Rom, 13. April. Eine von mehreren Tausenden beschäftigungsloser Arbeiter besuchte Versammlung wurde wegen aufreizender Aeußerungen der Redner aufgelöst. Die Auseinandergehenden wurden wegen Verstoßes von Ansammlungen von den Truppen zerstreut, wobei mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden.

Frankreich.

Paris, 12. April. In einem Pariser Brief der „Pol. Korresp.“ werden die vor einigen Tagen in Umlauf gesetzten Gerüchte von der Freilassung des Herzogs von Orleans dementirt; dann heißt es weiter: Hinzugefügt muß aber werden, daß hier in unterrichteten Kreisen thätiglich die Begnadigung des Herzogs von Orleans für die nächste Zeit erwartet wird. Es ist bekannt, daß der Austritt des Ministers Constans aus dem Kabinete Tirard insofern mit dieser Affaire zusammenhängt, als Constans schon damals, im Widerspruche mit den maßgebenden Persönlichkeiten, für die sofortige Begnadigung des Prinzen eintrat. Neuerlich hat der Minister bei Konstituierung des Kabinetes Freycinet zur

6. Das Geheimniß. Nachdruck verboten.

Novelle von W. v. Bollbrechtshausen. (Fortsetzung.)

„Nein, unter keiner Bedingung schreibe ich mehr an ihn. Dieser Briefwechsel ist für immer abgeschlossen, ich will keinen Brief, hören Sie, keinen Brief welchen Inhalts immer, mehr an ihn schreiben. Um diesen Preis will ich mich nicht rechtfertigen; eher will ich den Hohn und die Verachtung meines Gatten tragen als gerechte Sühne für meinen Leichtsin.“

„So, hm! Dagegen läßt sich freilich nichts einwenden. Ja, wenn Sie freilich auf diesem Wege nicht zu Ihren Briefen gelangen wollen, so... so...“ Herr Bök reißt mit sichtbar Verlegenheit sein Knie mit der Hand und stößt einen Augenblick, dann fährt er aber rascher und entschlossener fort:

„Vertrauen gegen Vertrauen, gnädige Frau. Sie haben mir Ihr Geheimniß gebeichtet; dafür will auch ich Ihnen ein Geheimniß beichten. Sie haben natürlich keine Ahnung, wer dieser Abälard ist?“

„Keine Ahnung!“

„So will ich es Ihnen sagen.“

„Sie?“ ruft Frau Schirner erstaunt, indem sie die Hände vom Gesichte herabsinken läßt und ihren Blick aus den verweinten Augen groß ansieht.

„Ja, ich. Aber thun Sie mir den Gefallen, mich nicht so direkt anzusehen; Sie machen es mir sonst unmöglich, zu reden. Bitte, sehen Sie fort; so ist es recht; und nun will ich Ihnen auch gestehen, daß ich Ihr Abälard bin.“

„Sie?“ ruft Frau Schirner noch einmal und noch erstaunter; sie starrt Bök an, als ob sie ihn zum erstenmale sähe und als ob sie ihren Ohren nicht trauen dürfe. Bök nickt erst nur zur Bestätigung seiner Worte mit dem Kopfe und sitzt wie das Urbild eines armen Sünders neben der Frau seines Freundes, dann beginnt er zu erzählen, und natürlich verpflichtet er sich am Schlusse seines Berichtes, Alles zu thun, um Moritz und Katharine wieder zu versöhnen. Er bittet die Letztere nur, sich zu trösten

und Muth zu schöpfen; die Briefe kann er ihr nicht zurückgeben, denn seine Handschrift ist Moritz doch so gut bekannt, daß er sie vielleicht auch aus der verstellten Schrift heraus erkennen könnte, und dann gäbe es noch ein zweites Zerwürfniß, ohne daß das erste beiläufig wäre. Aber helfen wird er, das versichert er hoch und heilig; Frau Schirner möge nur gehen, um die Spuren ihrer Thränen zu verbergen, er werde indessen auf einen Ausweg aus dieser Verlegenheit finden. Katharine geht wirklich mit einiger Beruhigung; auf dem Wege zum Hause begegnet ihr Frau Bök, welche sie erkannt und theilnahmsvoll nach dem Vorfallenen fragt, aber von der rasch an ihr Vorübergehenden keine Antwort erhält. Die weibliche Neugier ist bei Frau Bök doch größer als die Eifersucht; sie vergißt, daß sie sich vorgenommen hat, mit ihrem Mann zu schmollen, und fragt ihn lebhaft, was es gegeben habe.

„Was wird's gegeben haben?“ antwortet Bök mißgelaunt. „Daß aus einer Teufelskugel immer ein paar werden, das hat's gegeben. Vorhin erzählte ich Schirner, wie Du mich heute früh mit Deiner dummen Bemerkung, Du wüßtest Alles, überfallen hast. Er fand es für gut, Deine Idee, die ja nicht einmal Deine Idee ist, an seiner Frau zu drohieren. Als Katharine wieder zu uns trat, überraschte er sie mit denselben Worten, die Du mir heute früh zuriefst: „Ich weiß Alles! — und die arme kleine Frau —“

„Nun?“

„Nun, sie war auf den Tod erschrocken, sie wurde so bleich wie ein Blatt Papier, und er denkt nun natürlich das Schlimmste.“

„Arme Freundin! So zu erschrecken wegen einer solchen Kleinigkeit.“

„Wegen einer Kleinigkeit? Ja was weiß Du denn davon?“

„Was ich davon weiß? Nun, mein Herr Gemahl, ich weiß Alles; diesmal weiß ich wirklich im Ernste Alles.“

Herr Bök, der heute aus dem Schrecken gar nicht herauskommt, ist bei diesen Worten der Stock mit der interessanten Krücke in den Sand gefallen. Während er ihn aufhebt, fährt Elise fort zu reden und erzählt ihm, daß Katharine, trotzdem

sie wisse, wie sehr ihr Gatte die schriftstellerschen Frauen haßt, eine Novelle an die Zeitung geschickt hat. Der Gedanke, daß Moritz davon Kenntniß erhalten habe, habe sie natürlich, furchtsam und unselbständig, wie sie sei, auf das Tiefste erschreckt. Aber es handle sich ja um eine Bagatelle, die eines ernsthaften Streites zwischen Ehegatten nicht werth sei, und sie werde die Sache, da sie die eigentlich Schuldige sei, in Ordnung bringen, indem sie Moritz die volle Wahrheit sagt und alle Schuld auf sich nimmt. Bök hat gegen diese Absicht seiner Gattin selbstverständlich nicht das Geringste einzuwenden, er ist vielmehr entzückt von der Möglichkeit einer so bequemen Lösung des Problems, die sich ihm ganz ohne sein Zutun darbietet, und er geht mit Freuden auf den Wunsch seiner Gattin ein, zu Frau Schirner zu gehen und sie von der Vermittlungsaktion ihrer Freundin zu verständigen, während Frau Bök sich anschickt, dem zürnenden Ehemann den Kopf zurecht zu setzen. Frau Bök ist immer eine Freundin der raschen That gewesen; sie verliert keine Zeit, um ihren Plan durchzuführen. Da sie Herrn Schirner nicht im Salon findet, läßt sie ihn durch den Diener zu einer kurzen Unterredung bitten, und als Schirner erscheint, geht sie entschlossen und kurz auf den Kern der Sache ein.

„Ihre Frau, lieber Schirner, ist mir vor wenigen Augenblicken mit verweinten Augen und tief unglücklicher Miene begegnet. Mein Mann hat mir erzählt, um was es sich handle, und ich fühle die ernste Verpflichtung —“

„Ihre gütige Vermittlung eintreten zu lassen. Nicht wahr, verehrte Frau?“ fragt Schirner ironisch.

„Jawohl, ich kann nicht sehen, wie das arme Frauchen sich um eine Geschichte härt und ängstigt, die nicht der Rede werth ist.“

„Gnädige Frau!“ ruft Schirner erkannt und entrüstet. „Ich muß bitten, fährt er schroff und bitter fort, „Ihre Auffassung solcher Dinge nicht ohne weiteres auch bei mir vorzusetzen. Ich denke erstlicher darüber.“

(Schluß folgt.)

Bedingung der Annahme eines Vorzeuilles gemacht, daß der Prinz zu gelegener Zeit freigelassen werde. Es scheint, daß die Regierung die Ausführung ihrer bereits feststehenden Entschlüsse nur deshalb hinauschiebt, um dem Vorwurf zu entgehen, sie habe bloß die Vertagung der Kammern erwartet, um ihre Absichten bezüglich des Herzogs ins Werk zu setzen. Immerhin darf bezweifelt werden, daß die Freilassung des Prinzen erst nach dem Wiederzusammentritte der Kammern, also nach dem 6. Mai erfolgen werde.

Spanien.

Madrid, 13. April. Die internationale Konferenz zum Schutze des industriellen Eigenthums hat gestern ihre Beratungen geschlossen. In dieser Woche findet noch eine Sitzung statt zur endgültigen Feststellung des Protokolls. Die Delegirten der Konferenz wurden heute von der Königin-Regentin empfangen.

Rußland.

St. Petersburg, 13. April. Der Kaiser verlieh dem russischen Botschafter in Konstantinopel, Wirkl. Geh. Rath Melidoff, den Alexander-Newski-Orden und dem russischen Botschafter in Paris, Baron v. Mohrenheim, denselben Orden in Brillanten. Ferner erhielten der Direktor des asiatischen Departements, Sinowjew, den Alexander-Newski-Orden, der Generalkonsul in Danzig, Baron Brangell, den St. Annen-Orden erster Klasse, der Botschaftsrath Graf Murawiew in Berlin den Stanislaus-Orden erster Klasse, der Fregatencapitän und Marineattaché bei der russischen Botschaft in Berlin, v. Krüger, den St. Annen-Orden zweiter Klasse, der Botschaftssekretär in Berlin, Hofrath v. Bacharach, der Vicekonsul in Hamburg, Wywobzew, und der Vicekonsul in Thorn, Arsinowitsch, den Stanislaus-Orden zweiter Klasse.

Serbien.

Belgrad, 12. April. Eine Belgrader Korrespondenz bespricht die durchgreifenden Personaländerungen, die in den letzten Wochen im serbischen Justizwesen vorgenommen wurden, und weist darauf hin, daß es den Radikalen darum zu thun war, die Gerichte, die bisher hauptsächlich aus Fortschrittleren bestanden, mit Gesinnungsgenossen zu besetzen, daß dazu aber die Konstituierung des Staatsrathes abgewartet werden mußte, dem bei der Wahl der Gerichtspersonen bei allen drei Instanzen eine wichtige Rolle zufällt. Der Kassationshof, der mit einer einzigen Ausnahme durchgehends aus Fortschrittleren bestand, setzt sich nunmehr aus 8 Radikalen und je 4 Liberalen und Fortschrittleren zusammen. Die Schwierigkeit, unter den Radikalen geeignete Persönlichkeiten für höhere Staatsämter zu finden, machte sich auch bei diesem Anlasse sehr fühlbar. — Die Ernennung des Dr. Dokitsch zum Vorsitzenden des Staatsrathes hat einigermaßen überrascht; man bezweifelte, daß er zur Vertauschung seiner bisherigen Stellung als Gouverneur des jungen Königs mit dem Präsidium des Staatsrathes bereit sein werde. Möglich übrigens, daß die beiden Stellen sich vereinigen lassen. Während des Aufenthaltes des Königs Milan in Belgrad dürfte auch diese Angelegenheit geregelt werden.

Türkei.

Konstantinopel, 13. April. Der „Agence de Constantinople“ zufolge erließ der Sultan gestern einen Erlass, welcher das Uebereinkommen betreffs der Konvertirung der Prioritäten und der Emission eines Anlehens unter der Bedingung genehmigt, daß von der Anleihe von 5 Millionen, welche neben derjenigen von 7 1/2 Millionen Pfund zur Konversion der Prioritäten vereinbart wurde, 1 1/2 Millionen mit 76, statt wie alles übrige mit 75 Prozent, zur Emission gelangen. Von den verbleibenden 3 1/2 Millionen sollen 2 1/2 Millionen zur Konversion der inneren Schuld dienen und eine Million zur Verfügung des Schatzes bleiben. Sir Edgar Vincent habe im Namen der Beteiligten die Bedingung angenommen.

Amerika.

Washington, 12. April. Hr. Pitt, der Vorsitzende des Repräsentantenhaus-Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, brachte im Repräsentantenhause eine Resolution ein, in welcher gesagt wird, nach der Meinung des Repräsentantenhauses würden intimere Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den anderen Staaten Amerika's von gegenseitigem Nutzen sein. Das Haus würde den Abschluß von auf Gegenseitigkeit beruhenden Verträgen begünstigen, durch welche die Zölle auf die besonderen Erzeugnisse jedes einzelnen Landes durch Zugeständnisse auf beiden Seiten abgeändert und die Märkte für die Produkte aller Länder erweitert würden. Solche Verträge würden zugleich die freundschaftlichen Beziehungen der Vereinigten Staaten mit ihren Nachbarstaaten befestigen.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 14. April. 37. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorstehe des Präsidenten Lamey.

Am Regierungstisch: Ministerialdirektor Geheimer Rath Eisenlohr und Ministerialrath Baader.

Das Sekretariat gibt folgende neue Einläufe bekannt: 1. die Bitte der technischen Gehilfen der Bezirksgeometer, um etatsmäßige Anstellung, — übergeben von dem Abg. Muser;

2. die Bitte der badischen Straßenmeister, deren dienstliche Stellung und Einkommensverhältnisse betr., — übergeben von dem Abg. Muser;

3. die Bitte der geistlichen und weltlichen Vertreter der Stadt Ballbrunn, Aufhebung des Gesetzes vom 2. April 1872 über Missionen und Anshilfe in der Seelsorge betr., — übergeben von dem Abg. v. Buol;

4. die Bitte des Konkursverwalters und des Gläubiger-Ausschusses im Konkurse des Bauunternehmers R. E. Köhler von Schiltach um Entschädigung der Konkursmasse;

5. Bitte der Weinbauern und Mitglieder des Mittelbadischen Bauernvereins in Prunzbach und 6 weiteren Gemeinden um Abhilfe in ihrer bedrängten Lage.

Der Präsident macht hierauf Mittheilung von einer Zuschrift

1. des Präsidenten der Hohen Ersten Kammer, mit welcher der von der Ersten Kammer in der Sitzung vom 12. d. M. berathene und angenommene Gesetzentwurf, die Aenderung des Gesetzes vom 20. Februar 1868 über die Anlage der Ortsstraßen und die Feststellung der Baufluchten sowie das Bauen längs der Landstraßen und Eisenbahnen betr., in der durch die Beschlüsse des Hohen Hauses bewirkten Fassung überhandt wird;

2. des Präsidenten Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, welches im Allerhöchsten Auftrage einen Nachtrag zum Spezialbudget dieses Ministeriums zu Titel VI B., außerordentlicher Etat, § 12, mittheilt; ferner

3. des Großh. Finanzministers, von welchem ein Gesetzentwurf betr. einige Aenderungen und Ergänzungen der Gesetzgebung über Liegenschafts-, Erbschafts- und Schenkungsaccise nebst dem bezüglichen Allerhöchsten Kommissorium vorgelegt wird.

Der unter Ziffer 2 bezeichnete Budgetnachtrag wird alsbald der Budgetkommission mitgetheilt werden; der unter Ziffer 3 aufgeführte Gesetzentwurf wird zunächst in Druck gegeben.

Weiter theilt der Präsident mit, daß die Abgg. Krafft, Weber (Konstanz) und Kiefer ihre Abwesenheit entschuldigt haben.

Das Haus tritt sodann in die Berathung des Berichts der Petitionskommission über die Bitte der Handelskammer Heidelberg u. a., die Abänderung des § 85 der Städteordnung betreffend, ein. Berichterstatter ist der Abg. Keiß, welcher den Kommissionsantrag, auf Uebertragung zur Tagesordnung lautend, begründet.

Die Abgg. Wildens und Hug befürworten die von ihnen gestellten Anträge, die Petition der Großh. Regierung zur Kenntnisaufnahme zu überweisen.

Nachdem sich hierfür auch die Abgg. Ran, v. Buol und Gesell ausgesprochen haben, zieht der Berichterstatter den Kommissionsantrag zurück und schließt sich im Einverständnisse mit den Mitgliedern der Petitionskommission dem Antrag auf Ueberweisung zur Kenntnisaufnahme an. An der weiteren Diskussion nehmen Theil der Abg. Gönner, Ministerialdirektor Geheimerath Eisenlohr, der Abg. Klein (Weinheim) und der Berichterstatter.

In der darauffolgenden Abstimmung wird der Antrag auf Ueberweisung zur Kenntnisaufnahme angenommen.

Nach Bestimmung der Tagesordnung für die nächste Sitzung wird die heutige Sitzung, über die wir uns ausführlicher Bericht vorbehalten, um 1 1/2 Uhr geschlossen.

* Karlsruhe, 14. April. 38. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 15. April, Vormittags 9 Uhr: 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Berathung der Berichte der Budgetkommission über das Spezialbudget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1890 und 1891, und zwar: Tit. I—VI, XI und XII der Ausgaben, Tit. I der Einnahmen; Berichterstatter: Abg. Frech; Tit. VII der Ausgaben, Tit. II der Einnahmen; Berichterstatter: Abg. Wittum.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 14. April.

Gestern Vormittag nach dem Gottesdienste in der Großherzoglichen Schlosskirche empfingen die Höchsten Herrschaften verschiedene Personen. Um 12 1/2 Uhr begab sich Seine Königliche Hoheit der Großherzog zum Hauptbahnhof, um Seine Königliche Hoheit den Prinzen Albrecht von Preußen, Regenten von Braunschweig, zu empfangen, Höchstwelder von Baden-Baden zum Besuch der Großherzoglichen Herrschaften eintrat. Seine Königliche Hoheit der Großherzog geleitete den Prinzen zum Großherzoglichen Schloß, woselbst Höchstderelbe bis Nachmittags 1/2 4 Uhr verblieb und dann nach Baden-Baden zurückkehrte.

Heute Vormittag empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Staatsminister Dr. Turban zum Vortrag und nahm dann die Meldung der nachbenannten Offiziere bezw. Militärbeamten entgegen: des Generalmajors von Obernitz, Kommandeur der 49. Infanterie-Brigade, bisher Kommandeur des 1. Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 31, des Oberst von Aigner, Kommandeur des Infanterie-Regiments Graf Barfuß (4. Westfälisches) Nr. 17, des Hauptmanns von Renz, Batterieführer im 1. Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14, bisher im 2. Westfälischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 22, des Rittmeisters Mehring, Eskadronschef im Armärkischen Dragoner-Regiment Nr. 14, sowie des Garnisons-Bauinspektors Hartung in Freiburg. Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Geheimerath's Freiherrn von Ungern-Sternberg und des Legationssekretärs Dr. Freiherrn von Babo.

* (Badischer Eisenbahnrat.) Im Verfolg unserer gestrigen Notiz über die XIX. Sitzung des Badischen Eisenbahnrat's lassen wir nachstehend ausführlicher Bericht folgen:

Seitens der Generaldirektion wird zunächst bemerkt, daß zu dem Verzeichnisse der für den Güterverkehr der badischen Bahnen bestehenden Ausnahmetarife der Nachtrag III. erschienen und den Mitgliedern inzwischen zugegangen sei.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung wird ausgeführt, daß

der in der XVII. Sitzung des Eisenbahnrat's bereits behandelte Antrag auf Festsetzung einheitlicher Grundzüge bei Verwendung von Wagen übernormaler Größe der Generalkonferenz der deutschen Eisenbahnverwaltungen am 19. Dezember v. J. zur Beschlußfassung unterbreitet, und infolge der ablehnenden Haltung der bairischen, sächsischen, württembergischen, bessischen und wälschischen Bahnen als abgelehnt zu betrachten sei. Die badische Eisenbahnverwaltung behauerte dieses lebhaft und werde keinen Anlaß verschmähen, um der von ihr im Einverständnisse mit den Badischen Eisenbahnrat, sowie in Uebereinstimmung mit den preussischen Staats- und den Reichseisenbahnen vertretenen Anschauungen Geltung zu verschaffen.

Herr Dr. Landgraf wünscht, daß andere Mittel versucht würden, um die angelegten Erleichterungen zu erreichen, und verweist auf das Vorgehen der preussischen Eisenbahnverwaltung bezüglich der Erhöhung der Tragkraft der Wagen; es sei von großem Interesse, den Standpunkt der badischen Eisenbahnverwaltung kennen zu lernen.

Die Generaldirektion erwidert, daß die Angelegenheit sich bereits in Behandlung befinde und die Frage, ob die Erhöhung der Tragkraft und die Anschaffung von Wagen mit größerer Fassung angezeigt erscheine, zum Austrag gebracht werden würde.

Bezüglich des zweiten Punktes der Tagesordnung wird bemerkt, daß im verfloffenen Jahre vom preussischen Minister eine allgemeine Erörterung über die Reformbedürftigkeit der Personentarife und die etwa erforderlichen Abhilfemaßnahmen angetreten wurden, unter besonderem Hinweiss darauf, daß von mancher Seite eine Ermäßigung des Personentarifs gewünscht, hauptsächlich aber die Mannigfaltigkeit verschiedener das Publikum betreffenden reglementarischer und tariflicher Bestimmungen angezweifelt werde.

Entsprechend dieser Anregung habe im Mai v. J. eine Besprechung von Vertretern der Bundesregierungen in Berlin stattgefunden und man habe sich zunächst mit der Frage beschäftigt, ob eine Ermäßigung des Personentarifs überhaupt geboten erscheine und sich hiezu die Herabsetzung der Preise für einfache Fahrt auf den kilometrischen Einheitsfuß etwa der Rückfahrkarten unter Befreiung der letzteren, wie auch der übrigen Sonderarten (Rundreisekarten, Abonnementkarten, Saisonkarten u. dgl.) empfehlen möchte.

Dieser Frage gegenüber aber die Großh. Regierung mit Rücksicht darauf, daß die vorgeschlagene Maßregel von einem Einnahmeausfall von rund etwa 1 1/2 Millionen Mark begleitet sein würde, von welchem zum mindesten zweifelhaft sei, ob und in wie weit er durch eine Verkehrssteigerung ausgleichlich werden würde, sowie mit Rücksicht darauf, daß die Rentabilität der badischen Bahnen sich in bestehenden Grenzen bewege, auf der anderen Seite aber die Betriebsausgaben gerade jetzt in bedeutender Steigerung begriffen seien, einen ablehnenden Standpunkt einnehmen müssen, was auch von der Mehrzahl der übrigen Regierungenvertreter getheilt sei.

Dagegen habe Uebereinstimmung darüber geerrichtet, die Bestimmungen für Personentarife — Gültigkeitsdauer der Fahrkarten, Fahrunterbrechung etc. — möglichst einheitlich zu gestalten, und habe eine aus den Staatsbahnverwaltungen zusammengesetzte Kommission einen jetzt den beteiligten Regierungen zur Beschlußfassung vorliegenden Entwurf der fraglichen Bestimmungen ausgearbeitet.

In dieser Kommission sei nun die einheitliche Tarifgestaltung nochmals erörtert worden, und wenn auch bezüglich der Festsetzung gleichmäßiger Grundlagen für den Personentarife, sowie bezüglich der damit in Zusammenhang gebrachten Befreiungen des auf den norddeutschen Bahnen bestehenden Freigezuges eine Einigung noch nicht erzielt worden, man sich doch auch in diesen Punkten zum mindesten näher gekommen.

Herr Dr. Landgraf vermißt in den sehr interessanten Ausführungen einen Punkt, der zur Zeit lebhaft in der Tagespresse und in Broschüren behandelt werde, nämlich eine grundsätzliche und systematische Aenderung der Grundzüge des Personentarifs, weist auf das Vorgehen Oesterreich-Ungarns hin und hält die Frage noch für eine offene, ob nicht auf dem von Dr. Perrot vorgeschlagenen Wege sich eine Verbesserung erreichen lasse und eine weitere Entwidlung des Verkehrs ermöglicht würde. Derselbe beantragt Erhebungen über die finanzielle Wirkung des Vorschlags von Dr. Perrot für die badischen Bahnen und erkennt weiter dankbar das Vorgehen der Verwaltung betreffs der Aufhebung der Bedingung der Rundtour für zusammenstellbare Fahrscheine an.

Die Generaldirektion erwidert, daß auch in den Regierungsverhandlungen die Frage einer Aenderung der Grundzüge für den Personentarife in Bezug auf Einführung eines Zonentarifs gestreift worden sei, daß aber die sämtlichen Vertreter sich ablehnend verhalten hätten. Bei Beurtheilung der ungarischen Erfolge dürfe man nicht außer Acht lassen, daß auf den ungarischen Eisenbahnen früher höhere Fahrpreise als hier zur Erhebung gelangten und der Reiseverkehr zu Gunsten des Fernverkehrs benachtheiligt würde.

Der ungarische Zonentarif erscheine übrigens nicht allein als eine Verwaltungsmaßnahme, sondern zugleich als eine politische Maßregel, insofern derselbe dazu diene, die Bedeutung von Budapest als Mittelpunkt des Landes zu heben.

Der für Oesterreich geplante Tarif sei nicht auf einer mit der Entfernung fallenden Scala, sondern auf gleichen Grundlagen aufgebaut und erweise es überhaupt zweifelhaft, ob sich das System desselben mit Rücksicht auf die großen Abstände — über 100 km von 50 zu 50 km — auf die Dauer behaupten könne. Perrot's Gedanke, der in diesem System Leistung und Gegenleistung nicht in richtigem Verhältnisse stehen und die Annahme unzutreffend sei, daß durch die Einführung billigerer Tarife für den Fernverkehr eine bessere Ausnutzung des Wagenmaterials sich erzielen lasse.

Was eine weitere Entwidlungsfähigkeit des Verkehrs betreffe, in welcher Hinsicht von einer Seite auf die stetige Steigerung der Einnahmen aus den ermäßigten Klassen (Arbeiterkarten, Volsatzfahrtscheine, Militärkarten, Abonnementkarten) hingewiesen war, so sei dieselbe allerdings möglich, jedoch gerade nach den seither bei Arbeiterzügen und Volsatzzügen — und von Einführung dieser rühre die Verkehrssteigerung her — gemachten Erfahrungen von keinem nennenswerthen finanziellen Erfolg begleitet.

Die badische Eisenbahnverwaltung glaube daher nicht in Aussicht stellen zu können, daß sie zu einer systematischen Aenderung der jetzigen Grundzüge für den Personentarife im Sinne der Anregung des Herrn Dr. Landgraf die Initiative ergreife.

Nach einer Vergleichung der Personentarife, wie sie zur Zeit auf den ungarischen Staatsbahnen zur Erhebung gelangen und wie sie für die österreichischen Staatsbahnen in Aussicht genommen sind, mit unseren Personentarifen, aus welcher Vergleichung hervorgeht, daß mit den dort eingeführten Zonentarifen gegenüber den badischen Tarifen keineswegs die Verbilligung der Fahrpreise in dem Maße verbunden ist, wie vielfach angenommen

wird, ja sogar in manchen Beziehungen eine Vertreibung be-
steht, und nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren
Friedrich, Dr. Landgraf und Gessel wird der Gegen-
stand verlassen und zu dem dritten Punkt der Tagesordnung,
die Einführung eines Ausnahmestammholzes für
Stammholz, übergegangen.

Seitens der Generaldirektion wird an Hand einer dem
Eisenbahnrathe zugegangenen Denkschrift erläuternd ausgeführt,
daß die württembergische Staatsbahn in ihrem Binnenverkehr
am 1. Januar d. J. einen Ausnahmestammholz für europäisches
Stammholz sowie für Hopfenstangen und Tele-
graphenstangen eingeführt habe, welcher sich von dem ba-
dischen Holzausnahmestammholz dadurch unterscheidet, daß derselbe eine
erhebliche Verbilligung des Frachtes für Stammholz sowie eine
wesentliche Bevorzugung des Stammholzes vor den übrigen
Holzarten des Spezialtarifs II enthalte. Der hiermit verbundene
Einnahmeausfall und die Störung des demaligen Verhältnisses
des Stammholzes zu den Sägewaaren etc. mache die Annahme
dieses Tarifs für den badischen Verkehr nicht erwünscht.

Berufungen der badischen Interessenten jedoch auf der einen
Seite, Wettbewerbungsbedenken auf der anderen Seite nöthigten
die Eisenbahnverwaltung, diese Bedenken auf die Seite zu legen
und sich bereit zu erklären, dem Vorgehen der württembergischen
Staatsbahn im badischen Binnenverkehr zu folgen, weshalb es
erwünscht sei, hierüber die gutachtliche Äußerung des Eisenbahn-
rates zu erhalten.

In der hieran sich schließenden Verhandlung, an welcher sich die
Herren Dr. Landgraf, Ettlinger, Kraft und
Baum beteiligten, wird allseitig die Absicht der Eisenbahnver-
waltung gebilligt, hierbei aber bemerkt, daß aus Interessen-
freisen zwei Hauptwünsche vorgebracht worden seien. Der erste
gehe dahin, entweder die Frachttarife für Stammholz mit jenen
für Schleifholz (Celluloseholz), welches nach Spezialtarif III
tarifirt, gleichzustellen, oder, wenn dieses nicht angängig, den
Artikel Schleifholz dem Spezialtarif II einzureihen, da die Säge-
werkbesitzer in der billigsten Tarifrung des letzteren Artikels,
welcher in letzterer Zeit aus den besseren Holzsorten des
Spezialtarifs II hergerichtet werde, eine Schädigung ihrer
Interessen zu Gunsten des Holzbesizers der Holzschleifereien und
Zellstofffabriken erblühten, der zweite, hauptsächlich von den
Sägewerksbesitzern des südbadischen Schwarzwaldes geäußerte Wunsch
bestehe eine Ausdehnung des Ausnahmestammholzes auf Schnitt-
waaren, da sonst die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der
näher an Mannheim, dem Hauptfiskus der Sägewaaren, gelegenen
Sägereien in Frage gestellt würde.

Die Generaldirektion ist im Hinblick auf die gegen-
wärtigen Verhältnisse nicht in der Lage, eine Berücksichtigung
dieser Wünsche zuzugestehen, erklärt aber, der Angelegen-
heit ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden zu wollen.

Als letzter Punkt der Tagesordnung kam der Fahrplan-
entwurf für den Sommer 1890 zur Besprechung.

Den Herren Mitgliedern war in der Sitzung ein neuer Fahr-
planentwurf für die Strecken Basel - Schopfheim - Säckingen,
Gerach - St. Ludwig und Schopfheim - Zell. W. mitgeteilt wor-
den, der auf Grund der an die Generaldirektion gelangten
Wünsche aus der in Betracht kommenden Landesgegend aufge-
stellt ist und von dem früheren Entwurfe erheblich abweicht. Mit
diesem neuen Entwurfe erklärte sich der Vertreter der Handels-
kammer für die Kreise Gerach und Waldshut, Herr Kraft,
einverstanden und sprach der Generaldirektion für das Entgegen-
kommen den Dank aus.

Wie die Generaldirektion weiter mittheilte, sind an dem aus-
gegebenen Fahrplanentwurfe noch folgende wesentliche Ände-
rungen eingetreten: Zug 55 erhielt einen Halt in Geroldshausen.
Es wurde ein weiterer Arbeiterzug Karlsruhe ab 6 Uhr 35 Min.
Abends nach Wilsberg eingelegt. Statt der Güterzüge mit
Personenbeförderung Nr. 681 und 682 Karlsruhe-Maxau sollen
zwei neue Personenzüge eingeführt werden. Der im vergange-
nen Sommer geführte Sonntagzug Baden-Strasbourg wurde
nachträglich wieder in den Fahrplan aufgenommen. Von Säckin-
gen wird Morgens ein Arbeiterzug nach Basel geführt werden.
Mit Abgang 9 Uhr 15 Min. Abends von Basel wurde ein wei-
terer Personenzug nach Säckingen eingelegt. Der erste Zug von
Freiburg in's Oberrhein wurde so gelegt, daß er Anschluß von
Altbreisach und Emmendingen hat. Die bisher zwischen Frei-
burg und Gottenheim geführten Züge Nr. 281 a. und 2-8 a.
werden auf die Strecke von bzw. bis Altbreisach ausgedehnt.

Aus der an diesen Gegenstand sich knüpfenden Besprechung
ist hervorzuheben, daß auf Antrag des Herrn Ettlinger,
Vertreters der Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und
Baden, beschlossen wurde, den ersten von Rastatt nach Gernsbach
abgehenden Zug (Nr. 151) schon nach Anlauf des neuen Schnell-
zuges 2 abzulassen, also den Personenzug 32 nicht mehr abzu-
warten.

Ferner wird dem Antrage des Herrn Baum um Vermehrung
der Züge auf der Strecke Heidelberg-Wannheim dadurch ent-
sprochen werden, daß Zug 52 aus Mannheim bis Mannheim
durchgeführt und daß Zug 57, Heidelberg-Wirzburg, schon ab
Mannheim geführt wird.

Bei Besprechung der Fahrpläne der einzelnen Bahnstrecken
wurden ferner von den Herren Knecht, Wählmann, Dr.
Landgraf, Ettlinger, Gessel, Baum, Kraft,
Sander, Koppel und Pfeilschneider noch eine Reihe
Wünsche vorgetragen, deren Erfüllung zum Theil von der Ge-
neraldirektion, wie in den einzelnen Fällen nachgewiesen wurde,
nicht in Aussicht gestellt werden konnte, weil meistens ein erheb-
licher Kostenaufwand damit verknüpft wäre, zum Theil wurde
weitere Prüfung und thunlichste Berücksichtigung zugesagt.

(Im Großh. Hoftheater) tritt morgen - Dienstag -
Frau Begert, die seit Anfang Dezember v. J. durch eine
schwere Erkrankung ihrer künstlerischen Thätigkeit entzogen war,
zum ersten Male wieder auf, und zwar in der Rolle der Sophie
Charlotte in „Das Testament des großen Kurfürsten“ von G. zu
Putlig. Wir freuen uns herzlich, daß die Wiedergewinnung der
beliebten Künstlerin eine empfindliche Lücke in dem Spielplan
unserer Hofbühne verschwinden läßt. In der genannten Vor-
stellung spielt Hr. Schreiner vom Hoftheater in Mannheim die
Rolle des jugendlichen Kurfürsten.

(Stadtverordnetenwahl.) Bei der heute durch die
I. Wählerklasse vorgenommenen Wahl von 16 Stadtverordneten
wurden gewählt: Baummeister, Reinhard, Oberbaurath und
Professur; Fieser, Emil, I. Staatsanwalt; Hündel, Lud-
wig, Privatier; Heidenreich, Karl, Generalassistent; Him-
melheber, Karl, sen., Fabrikant; Joffe, Ludwig, Privatier;
Kamm, Edmund, Oberlandesgerichtsrath; Klose, Wilhelm,
Maler; Lemke, Emil, Postleutnant; Morstadt, Wilhelm,
Privatier; Pring, Eduard, Postkassendirektor; Reiß, Ludwig,
Baumeister; Roth, Karl, Postvorstand; Stetter, Fried-
rich, Direktor; Utrici, Theodor, Buchhändler, und Weiß,

Jacob, Weinhändler. Von 800 Wahlberechtigten haben 333
= 42,2 Proz. abgestimmt.

(Kaiser-Wilhelm-Stiftung für deutsche
Invaliden.) Der Badische Landesverein der genannten
Stiftung veröffentlicht seinen neunzehnten Jahresbericht
über das Jahr 1889. Demselben entnehmen wir, daß an Stelle
des seit 18 Jahren als Vorstand des Verwaltungsrathes thätigen
Herrn Altbürgermeister Malsch, der in Folge hohen
Alters und aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl ablehnte,
Herr Geheimrath Dr. Ullmann zum Vorstand gewählt wurde.
Der Vermögensstand des Centralfonds belief sich Anfangs 1889
auf 374 493 M. 80 Pf. Einnahmen bezog der Fond 16 754 M.
22 Pf., dem eine Ausgabe von 30 328 M. 49 Pf. gegenüber-
steht. Der Mehraufwand betrug demnach 13 574 M. 27 Pf.,
um welchen Betrag sich das Vermögen verminderte. Am Jahres-
schluß bezifferte sich der Vermögensstand auf 361 943 M. 98 Pf.,
somit 12 549 M. 82 Pf. weniger als am Schluß des Jahres
1888. Der Vermögensstand der Bezirksvereine berechnete sich
am Jahresschluß auf 414 783 M. 83 Pf., was eine Verminde-
rung um 5674 M. 25 Pf. bedeutet. An Unterstufungen wurden
32 987 M. 36 Pf. an Invaliden und 19 785 M. 25 Pf. an
Hinterbliebenen, im Ganzen also 52 772 M. 61 Pf. gezahlt. Seit
Bestehen des Vereins, seit 1871, wurden Unterstufungen im Ge-
sammtbetrage von 1 127 497 M. 79 Pf. gegeben. Der Ver-
mögensstand des Landesvereins belief sich zum Ende des Jahres
1889 auf 776 677 M. 30 Pf. und stellt sich als eine Verminde-
rung um 18 274 M. 58 Pf. dar.

(Die Schwurgerichtssitzungen) für das II.
Quartal haben heute Vormittag 9 Uhr unter dem Vorsitz des
Landgerichtsdirektors Rauch ihren Anfang genommen. Nach
eindringlicher Belehrung der Geschworenen über die von ihnen
übernommenen Rechte und Pflichten wird in die Tagesordnung
eingetreten.

Als 1. Fall kommt zur Verhandlung die Anklage gegen den
19 Jahre alten August Vorbach von Lichtenfels wegen Körper-
verletzung mit nachgefolgtem Tode. Die Anklage vertrat
Rechtsanwalt Dr. Binz. Es sind 12 Zeugen und 1 Sachverständiger geladen. Am 17. Februar
Nachts etwa um 11 Uhr, war der Beschuldigte auf der Straße
zwischen Oberweier und Lichtenfels in eine Schlägerei ver-
wickelt, bei der er einem gewissen Wilhelm Miel einen Stich in
den Unterleib beibrachte, infolge dessen dieser am andern Tage
starb. Ferner versetzte Vorbach einem Johann Klüpfel einen Stich
in den Oberarm. Der Angeklagte ist seiner That geständig,
doch sollen die Verletzungen den Anstoß zu den tödtlichen Aus-
einandersetzungen gegeben haben. Das Gericht verurtheilt
schließlich den Angeklagten auf Grund des Sachverständigen-
gutachtens zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.
Die Verhandlung des 2. Falles, Anklage gegen Egidius Ma-
der von Rothenfels wegen Mordversuchs, mußte vertagt werden.

(Von der Weie, 12. April. (Bauhätigkeit.) Die
Arbeiten am Bohnbau Neopoldshöhe-Gerach-Säckingen sind so
ziemlich beendet und somit haben die meisten daran beschäftigten
Arbeiter die Strecke verlassen. Mit dem Eintritt der wärmeren
Jahreszeit hat auch der Privatbau wieder begonnen. Fast in
jedem Ort des Oberrheins erheben neue Gebäude, mögen es nun
Fabrik- und Geschäftshäuser oder Wohnhäuser sein. In Freiburg
hat die Firma Singen und Horn ihre Weberei ganz bedeutend
vergrößert, so daß viele Personen dort Beschäftigung finden
werden. Gleiches sollen von der Firma einige Arbeiterhäuser
erichtet werden. Dicht bei Schopfheim baut eine Firma, Suter
und Gebhardt, ein großes Fabrikamwesen, welches einen bedeu-
tenden Umfang annehmen wird. Diese Firma betreibt mechanische
Ofen- und Zinnwaarenfabrikation. Die Fabrikgebäude werden
in kurzer Zeit fertiggestellt sein. Der Vollbetrieb wird erst dann
begonnen werden, während in einigen Fabrikationsgegenständen
schon jetzt gearbeitet wird. - Mit dem Kirchenbau in Schopf-
heim geht ebenfalls wieder begonnen werden und sind die für
den Winter nöthig gewordenen Schutzdecken bereits wieder ent-
fernt worden.

(Von Wodenice, 13. April. (Futterbau.) Unter den
Futterpflanzen verdient der Rogghee die vorzugsweise Beachtung
sowohl zum Mähen, als auch zur Bereitung von Dürrfutter
und zum Beweiden. Er gedeiht am besten auf kräftigem, kalk-
reichem, reinem Ackerlande. Durch die Ausfaat von Gräsern
unter den Rogghee werden wesentlich höhere und sicherere Futter-
erträge erzielt. Nach den gemachten Erfahrungen hat aber das
Ausfaen von Gräsern unter den Rogghee sowohl im leichten, wie
im schweren Boden, im rauhen wie im milden Klima, überall
vollkommen entprochen. Ausgedehnter Futterbau und ver-
mehrte Viehhaltung, namentlich Jungviehzucht, sind ganz beson-
ders zweifellos, auf welchen heutzutage der Reinertrag unserer Land-
wirthschaft beruht.

Theater und Kunst.

-k. Karlsruhe, 14. April. (Konzertbericht.) Unser
Hoforchester gab am Samstag Abend sein letztes Abonnements-
konzert in dieser Saison. Das Programm berücksichtigte die ver-
schiedensten Richtungen; es enthielt als Hauptnummer Orchester-
werke von Spohr, Wagner und Beethoven, dazu ein Violinkon-
zert (Novität für Karlsruhe) von Hans Sitt und Zigeuner-
weisen von Sarasate. Was die Ausführung der Orchesterwerke
anbelangt, so dürfte vor Allem Wagners Siegfried-Idyll Er-
wähnung verdienen. In demselben entfaltete unsere Kapelle ihre
glänzendsten Eigenschaften, namentlich ein in der motivischen
Durchführung, in den dynamischen Modifikationen und im Ko-
lorit sehr abgewogenes Zusammenspiel. Der entsückende Klang-
zauber, die friedliche, wonnige Stimmung, welche das nicht ideen-
reiche, aber hübsch schön instrumentierte Stück auszeichnen,
gelangten zur vollen Geltung. Wagner schrieb das Siegfried-
Idyll im Jahre 1870 in Luzern zum Geburtstag seiner Frau,
nachdem er glücklicher Vater geworden war. Dort gelangte das
Werk im Hause Wagners durch Hans Richter und Züricher
Musiker erstmals zur Aufführung. Mit dem Musikdrama Siegfried
steht das Siegfried-Idyll insofern in näherer Beziehung, als der
Meister einige motivische Anklänge aus jenem in dieses herüber-
genommen hat. Spohr war durch Adagio aus der Sinfonie in
C-moll vertreten. Von den Werken dieses Tonbilders gilt das
wonnigste Wort des Dichters: „Auch das Schöne muß sterben!“
Ehemals ein gefeierter Komponist nicht allein für sein eigent-
liches Instrument, die Violine, sondern auch für das Gebiet der
Sinfonie und Oper, gehört Spohr heutigen Tages zu den Ver-
gessenen. Zu jenen wenigen Spohr'schen Werken, welche auch
heute noch eine gute Wirkung ausüben, gehört ohne Zweifel das
im letzten Abonnementskonzert vom Hoforchester mit großer Frei-
heit dargebotene Adagio der C-moll-Sinfonie. Jener edle elegische
Zug, welcher das Hauptmerkmal der Spohr'schen Muse bildet,
ist dem Stücke in besonders anziehender Weise aufgedrückt, dabei
nimmt die Tonsprache vorübergehend auch einen energischen

kräftigen Anlauf. Mit einmütiger Freude wurde die Schluß-
nummer aufgenommen: Beethovens achte Sinfonie -, ein Werk
voll frischen, blühenden Lebens, voll köstlichen, ungetrübten Hu-
mors, klar und knapp in der Form, dabei reich an eigenartigen
Gedanken, übergossen von hell leuchtenden Farben. Der erst 17-
jährige Gast des Abends, Herr Krafft von Baden, gehört
ohne Frage zu den begabtesten und vorgezeichneten der heran-
wachsenden Violinvirtuosen. Sein Spiel ist uns lieber als das
manches sogenannten Wunderknaben und Wunderjünglings, denn es
beruht auf einer durchaus soliden technischen und musikalischen
Basis. Um zu wirklicher Bedeutung zu gelangen, wird der ju-
gendliche Künstler wohl noch einen größeren Ton und eine tiefere
Empfindung, an deren Stelle er sich vielfach mit einem etwas
übertriebenen Tremolo behilft, hinzugewinnen müssen. Besonders
erfolgreich spielte Herr Krafft das Andante des Sitt'schen Kon-
zertes, sowie die Sarasate'schen Zigeunerweisen, letztere bereits
mit einer gewissen Selbständigkeit der Auffassung.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 14. April. Seine Majestät der Kaiser emp-
fing heute den Generaladjutanten des Kaisers von Oester-
reich, Generalmajor Wolfras v. Ahnenburg, welcher ein
Handschreiben des Kaisers Franz Josef überreichte. Nach
der Audienz wurde General Wolfras v. Ahnenburg zur
kaiserlichen Tafel gezogen, an der auch der österreichische
Militärbevollmächtigter, Oberst Frhr. v. Steininger, theil-
nahm.

Oldenburg, 14. April. Der Landtag genehmigte ein-
stimmig die Regierungsvorlage, nach welcher der „Nord-
deutsche Lloyd“ zunächst auf fünf Jahre Schnelldampfer
auf Nordenham expedirt.

Stuttgart, 14. April. Der Herzog von Edinburgh
und der Prinz Georg von Wales treffen, wie der „Staats-
anzeiger“ mittheilt, morgen Mittag 1 Uhr zum Besuche
des königlichen Hofes und zur Inweihung des Königs
mit dem englischen Hofenbandorden hier ein. Höchst-
dieselben nehmen im Schlosse in den weiland von König
Wilhelm bewohnten Gemächern Wohnung.

Bern, 14. April. Der Bundesrath sagte folgende Be-
schlüsse: I. der Direktion der Jura-Simplonbahn gegen-
über seine Geneigtheit dafür zu erklären, mit der italieni-
schen Regierung wegen Herstellung des Simplon-Tunnels
mit der im Projekt von 1882 angenommenen Höhenlage
zu unterhandeln. II. Die Direktion der genannten Bahn
einzuladen, zur Beförderung dieses Unternehmens der
Regierung definitive Baupläne, eine Kostenrechnung und
einen Plan über die Beschaffung der erforderlichen Geld-
mittel vorzulegen. III. Der italienischen Regierung
seine Geneigtheit zu erklären, auf ihre in der Note
an den schweizerischen Gesandten ausgesprochene An-
schauung einzugehen. Der Bundesrath würde deshalb
ungesäumt seinerseits die Ausarbeitung von definitiven
Bauplänen anordnen und dieselben seiner Zeit der italie-
nischen Regierung zum Zwecke der Fortsetzung der Unter-
handlungen vorlegen.

Paris, 14. April. Die Nachricht von einer Kredit-
forderung, welche die Regierung beim Wiederauftritt
der Kammern wegen der Unternehmung gegen Dahomeu
einzubringen gedenkt, wird in unterrichteten Kreisen als
unbegündet bezeichnet.

Paris, 14. April. Nach einer der „Agence Havas“
aus Buenos Ayres zugehenden Meldung soll das argen-
tinische Ministerium demissionirt haben.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.
Gehelichung. 14. April. Samuel Wagner von Hoch-
stetten, Wagner hier, mit Anna Bigelhofer von Stadambach.
Todesfälle. 12. April. Jakob Kaiser, Chemann, Schu-
macher, 72 J. - 13. April. Franz Brühmüller, Chemann,
Schmid, 50 J. - 14. April. Lucie, 1 J. 1 M. 20 T., S.:
Karl Oskar Seidel, Malzmeister.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

April	Barom.	Therm.	Absolute Feucht.	Relative Feucht. in mm	Wind.	Witter.
12. Nachts 9 U.	744.7	+ 3.8	4.5	75	SW	klar
13. Morgs. 7 U.	744.8	+ 0.8	4.1	85	SW	„
13. Mittags 2 U.	742.7	+ 10.0	4.0	43	SE	w. wolkig
13. Nachts 9 U.	742.2	+ 5.2	4.0	60	NE	klar
14. Morgs. 7 U.	742.0	+ 3.8	4.0	67	NE	w. wolkig
14. Mittags 2 U.	739.3	+ 15.6	4.6	35	NE	„

Wasserstand des Rheins. Maxau, 13. April, Morgs. 3.15 m;
14. April, Morgs. 3.13 m gefallen 2 cm.

Uebersicht der Witterung vom 14. April 1890, 8 Uhr
Morgens. Eine tiefere Depression liegt über dem Biscaya-Golf,
eine flachere, aber ziemlich ausgedehnte bedeckt mit ihrem Centrum
Polen. Hoher Druck lagert im hohen Nordosten. Im westlichen
Deutschland hat es aufgeklart, im übrigen dauert jedoch das un-
beständige und kühlte Wetter fort.

Frankfurter telegraphische Kursberichte

Frankfurt am Main, 14. April 1890.		Berlin.	
Staatspapiere.	Bayernpapiere.	Decker. Kreditaktien	161.70
4 1/2% Deutsche Reichs- anleihe	107.10	Staatsbahn	93.-
4% Bayer. Rentf.	106.60	Bayernbahn	83.75
4% Baden in R.	102.10	Disconto-Kommand.	230.40
4% Würt. „	104.80	Marienburger	—
Decker. Goldrente	96.-	Hess. Ludwigsbahn	114.80
„ Silberrente	76.80	Bayr. Ludwigsbahn	171.-
4% Ungar. Goldrente	88.10	Gotthard	163.10
1880er Rassen	94.80	Wesfal. und Carven.	—
II. Orientanleihe	68.70	Wechsel a. London.	169.85
Italien. Komplot	95.-	„ „ „	20.25
Ägypter	96.90	„ „ Paris	80.95
Spanier	78.10	„ „ Wien	171.50
Ärten	86.90	Rapoteau'sche	16.18
5% Serben	84.70	Brüsseler	103.10
„ „	84.70	Babilische Rente	95.70
Kreditaktien	257.10	Wissl. Wechsel	—
Disconto-Kommand.	219.60	„ „	—
Basler Bankverein	95.-	Kreditaktien	260.35
Darmstädter Bank	104.00	„ „	88.42
5 1/2% Serb. Hypoth. Ob- ligationen	86.40	„ „	103.-
		„ „	—

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Sander in Karlsruhe.

Deutscher Phönix, Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt am Main.

Summarische Bilanz per 31. Dezember 1889.

Activa.	Passiva.
Sola-Wechsel der Actionäre	Grund-Capital
Gesellschafts-Gebäude Lit. F. Nr. 76	Gewinn-Reserve laut § 53 des revidirten Statuts
Inventar, abgeschrieben	Prämien-Reserve
Hypothekarische Anlagen	Voraus empfangene Prämien für spätere Jahre
Borrätige Staatspapiere und Effecten	Dividenden-Ergänzungs-Reserve
Darlehen gegen deponirte Wertpapiere	Reserven für am 31. Dezember 1889 noch unregulirte Schäden
Borrätige Wechsel	Noch nicht erhobene Dividenden aus früheren Jahren
Barer Cassa-Bestand	Dividende pro 1889
Guthaben bei den General- und Haupt-Agenturen	Guthaben der Rückversicherungs-Gesellschaften
Vorausbezahlte Provisionen auf die für spätere Jahre voraus empfangenen Prämien	Sonstige Passiva (Salbi verschiedener Abrechnungen)
Laufende Zinsen von Hypotheken und Staatspapieren	
Sonstige Activa (Salbi verschiedener Abrechnungen)	
M. 14,765,198.05	M. 14,765,198.05

Frankfurt a. M., den 12. April 1890.
vdt. Der Verwaltungsrath:
Dr. Fr. Schmidt-Poley, Präsident.

Die Direction:
E. Laemmerhirt

Glabbacher Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft.

Jahres-Rechnung für 1889. Gewinn- und Verlust-Konto.

A. Einnahme.		
1. Prämien (abzüglich Retorni):		
a. Uebertrag aus 1888 abzüglich Provision und Rückversicherungs-Anteile:		
Feuerversicherungen	M. 618 959,26	630 188 50
Spiegelglasversicherungen	M. 11 229,24	
b. für im Jahre 1889 abgeschlossene Versicherungen:		
Feuerversicherungen	M. 2 574 728,80	2 586 547 70
Spiegelglasversicherungen	M. 11 818,90	3 216 736 20
2. Schadenreserve aus 1888:		
für Feuerversicherungen	M. 143 439,—	144 373 —
für Spiegelglasversicherungen	M. 934,—	92 411 50
3. Zinsen, Miete und Kursgewinn		
		3 453 520 70
Total der Einnahme		3 453 520 70
B. Ausgabe.		
1. Prämien-Uebertrag: Feuerversicherungen	M. 2 148 695,—	
Spiegelglasversicherungen	M. 2 166 073,—	616 630 —
ab Provision und Rückversicherungs-Anteile	M. 1 549 443,—	942 836 50
2. Prämie für Rückversicherungen abzüglich Provision	M. 690 913,70	698 087 60
3. Provision und Verwaltungskosten: Feuerversicherung	M. 2 173,90	12 380 90
Spiegelglasversicherung		
4. Steuern und Verwendungen zu gemeinnützigen Zwecken		
5. Schäden:		
a. bezahlte abzüglich des Anteils der Rückversicherer:		
Feuerversicherung	M. 964 205,90	1 100 198 80
Spiegelglasversicherung	M. 754,50	3 365 133 80
b. beim Jahreschlusse schwebende abzüglich des Anteils der Rückversicherer:		
Feuerversicherung	M. 126 951,40	
Spiegelglasversicherung	M. 1 467,—	88 386,90
Total der Ausgabe		3 453 520 70
Einnahme	M. 3 453 520,70	
Ausgabe	M. 3 453 520,70	
6. Gewinn		M. 88 386,90

Bilanz

am 31. Dezember 1889.

Activa.	Passiva.
1. Solawechsel der Aktionäre	1. Aktienkapital
2. Guthaben bei den Banquiers	2. Prämienübertrag
3. Ausstände bei den Agenturen	3. Kapitalreserve, Bestand Ende 1888
4. Diverser Debitoren	Dazu aus dem Gewinne des Jahres 1889
5. Baar	4. Schadenreserve
6. Effektenbestand	5. Diverser Kreditoren
Kurswerth vom 31. Dezember 1889:	6. Rest-Dividende für frühere Jahre
M. 1 155 562,90	7. Dividende für 1889
eingestellt laut Aktiengesetz mit	
Hypotheken	
Immobilien in M. Glabbach und Köln	
Inventar und Schilder, abgeschrieben	
Summa	Summa
M. 7 495 594	M. 7 495 594

M. Glabbach, den 10. April 1890.

Glabbacher Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft.

Der Vorstand.
Quack.

Der General-Direktor.
Thijssen.

Evang. prot. theologisches Seminar der Universität Heidelberg.

§. 862.2. Das Sommersemester beginnt am 26. April, Vormittags 11 Uhr. Anmeldungen sind nebst Zeugniß der bestandenen theologisch-vorprüfung schriftlich bis spätestens 22. April einzureichen.
Die Direction:
Professor Dr. Wassermann.

Deutscher Phönix,

Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt am Main.

Die für das Jahr 1889 ausgegebenen Dividenden-Scheine der Actien des Deutschen Phönix werden für jeden Coupon: von Lit. A. mit 114 Mark B. 57 an jedem Werttag in den Vormittagsstunden von 9 bis 11 Uhr an der Gesellschafts-Casse (Kleiner Hirschgraben 14) dabier, oder bei der Section des Deutschen Phönix in Karlsruhe eingelöst.
Frankfurt a. M., den 12. April 1890. D.14.

Frankfurter Rückversicherungs-Gesellschaft.

Die für das Jahr 1889 ausgegebenen Zins- und Dividende-Coupons der Actien der Frankfurter Rückversicherungs-Gesellschaft werden mit Lit. 10. an jedem Werttag in den Vormittagsstunden von 9 bis 11 Uhr an der Gesellschafts-Casse (Kleiner Hirschgraben 14) dabier oder bei der Section des Deutschen Phönix in Karlsruhe eingelöst.
Frankfurt a. M., den 12. April 1890. D.15.

Bekanntmachung.

In der Generalversammlung vom 12. Januar 1890 hat der unterzeichnete Arbeiter-Consumverein beschlossen, sich in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht umzuwandeln. Wir fordern daher unsere Mitglieder auf, sich behufs Befriedigung ihrer Forderungen bei uns zu melden.
Kollnau, den 8. Februar 1890.
Arbeiter-Consum-Verein
E. G. mit unbeschränkter Haftpflicht.
Der Vorstand:
A. Bopp. E. Baumgartner.

Ein tüchtiger Bauschnifer

mit praktischer und einigen Semestern akademischer Bildung, auf dem Bauplatz gewandt, im Entwerfen und Veranschlagen geübt, für ein größeres Baugeschäft in Mannheim gesucht.
Offerten mit Gehaltsansprüchen und kurzer Beschreibung des Bildungsganges befördert die Exped. dieses Bl.
D.16.

Stelle eines Buchhalters und eines ersten Gehilfen.

Bei Fürstlich-Fürstbergischen Rentämtern ist die Stelle eines Buchhalters und eines ersten Gehilfen mit kameralistisch gebildeten Männern zu belegen, welche mindestens 7 Jahre Erfahrung in der Buchführung mit Erfolg besaßen, durch eine Staatsprüfung ihre Befähigung zum Bezirksfinanzdienst nachgewiesen haben und nicht über 30 Jahre alt sind. Der Gehalt wird, je nach der theoretischen und praktischen Ausbildung des Bewerbers 1500-2000 Mark betragen.
Die Bewerbungen sind bis zum 24. d. M. unter Beigabe der Zeugnisse, sowie einer Beschreibung der persönlichen Verhältnisse und des Bildungsganges bei der Fürstlich-Fürstbergischen Domänenkanzlei in Donaueschingen einzureichen.



Normal-Schulbänke

in 10 verschiedenen Gattungen, nach neuesten Anforderungen der Schul-Hygiene u. Pädagogik. Allen Gemeinden und Lehranstalten dringend empfohlen! Billigste Preise. Franco-Lieferung. Prospective gratis.
Carl Elsässer, Schulbankfabrik Schönau bei Heilbronn.

Bürgerliche Rechtspflege.

Essentielle Zustellungen.
C. 986.1. Nr. 3166. Karlsruhe. Der Andreas Dersfelder zu Rothenfeld, Monroe County, State of New-York, vertreten durch Rechtsanwalt Jester in Bruchsal, klagt gegen den Karl Strider von Odenheim, a. St. an unbekanntem Orten in America, mit der Behauptung, daß er als Nachlassgläubiger des am 3. Januar 1889 in Rothenfeld verstorbenen Anton Strider, welcher den Beklagten, dessen Mutter und dessen beide Schwestern als Erben hinterlassen, ein rechtliches Interesse daran habe, daß festgestellt werde, ob die eröffnete Erbschaft angetreten oder ausgeschlagen werde, mit dem Antrag, durch Urtheil auszusprechen:
„die Beklagten seien schuldig, bei dem zuständigen Notar zu erklären, ob sie die Erbschaft des verstorbenen Anton Strider von Odenheim annehmen, oder die Entsagung auf der Gerichtsbarkeit des Gr. Amtsgerichts Bruchsal zu erklären“, und ladet den Beklagten Karl Strider zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die III. Civilkammer des Großh. Landgerichts zu Karlsruhe auf Donnerstag den 3. Juli 1890, Vormittags 8 1/2 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
Zum Zweck der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Karlsruhe, den 10. April 1890.
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.
C. 955.1. Nr. 19.173. Mannheim. Der Wegger Friedrich Friede zu Schwetzingen klagt gegen den Wegger Georg Kienzler, zuletzt in Redaran, zur Zeit an unbekanntem Orten abwesend, aus Kauf, mit dem Antrage auf vorläufig vollstreckbare Bewurteilung zur Zahlung von 220 Mk., und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht IV zu Mannheim auf Donnerstag den 29. Mai 1890, Vormittags 9 Uhr.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Mannheim, den 11. April 1890.
Geismar, Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.
C. 938.2. Nr. 3618. Weinheim. Schneider Peter Erdel in Döbenschau klagt gegen den Karl Buderl, Erbarbeiter von Döbenschau, a. St. an unbekanntem Orten abwesend, wegen Forderung von Mietzins, mit dem Antrage auf Bewurteilung des Beklagten zur Zahlung von 15 Mk. Mietzins, 2 Mk. Reinigungs- und 5 Mk. Vertheilungskosten, und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Gr. Amtsgericht zu Weinheim auf Freitag den 30. Mai 1890, Vormittags 10 Uhr.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Weinheim, den 1. April 1890.
Grasberger, Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.
C. 996.1. Nr. 7809. Bruchsal. Die Verwaltung des Armen-Vereins u. Waisenhauses Bruchsal, vertreten durch Stadtrichter Booz alda, klagt gegen die Theresia Kolb, geborne Kernberger von Bruchsal, a. St. in America an unbekanntem Orten abwesend, aus Verpflüchtung deren Mutter, Johann Bant.

Kernberger Witwe, Margarethe, geb. Staub von Bruchsal, im Armenhause alda in der Zeit vom 2. März 1885 bis 11. September 1887, auf Grund der bekl. Unterhaltspflicht gemäß L.R.G. 205, mit dem Antrage auf Bewurteilung der Beklagten zur Zahlung von 1/3 der restlichen Verpflegungskosten von 493 Mk. 75 Pf. mit 164 Mk. 58 Pf., sowie vorläufige Vollstreckbarerklärung des Urtheils, und ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Gr. Amtsgericht zu Bruchsal auf
Mittwoch den 11. Juni 1890, Vormittags 10 1/4 Uhr.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Bruchsal, den 10. April 1890.
Großh. Landgericht.
Der Gerichtsschreiber:
Riffel.

C. 971.1. Nr. 7797. Bruchsal. Auf Antrag des Peter Bräunling, Wagner in Heidesheim, werden alle diejenigen, welche an dem Grundstück: Gemarkung Bruchsal, Lagerbuch Nr. 6090: 6 Ar 62 Meter Acker in der Helmshheimer Klammer, neben Landwirth Johann Georg Doll in Heidesheim und Landwirth Josef Lang, Andreas Sohn, in Bruchsal, in dem Grund- und Pflandbuch nicht eingetragen, auch sonst nicht bekannte dingliche oder auf einem Stammgut oder Familiengutverband ruhende Rechte haben oder zu haben glauben, aufgefordert, solche spätestens in dem auf
Mittwoch den 11. Juni 1890, Vormittags 9 Uhr, feigelegten Aufgebotstermin anzumelden, widrigenfalls dieselben für erloschen erklärt werden.
Bruchsal, den 9. April 1890.
Großh. Landgericht.
Der Gerichtsschreiber:
Riffel.

Bermögensabänderung.
D.2. Nr. 3773. Karlsruhe. Die Ehefrau des Gärtners Franz Joseph Unfer in Ettlingen, Louise, geborne Sched, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Wörter, klagt gegen ihren genannten Ehemann mit dem Antrage, sie für berechtigt zu erklären, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzufordern.
Termin zur Verhandlung des Rechtsstreits vor Großh. Landgericht dabier, Civilkammer II, ist bestimmt auf Samstag den 21. Juni 1890, Vormittags 8 1/2 Uhr.
Dies wird hiermit zur Kenntnissnahme der Gläubiger bekannt gemacht.
Karlsruhe, den 10. April 1890.
Der Gerichtsschreiber:
des Großh. Landgerichts:
Ruch.

Erbeinweisungen.
C. 887.2. Nr. 5134. Tauberbischofsheim. Die Witwe des Wagners Franz Josef Schwab von Uffheim hat um Einweisung in Besitz und Gewähr des Nachlasses ihres verstorbenen Ehemannes gebeten.
Diesem Gesuche wird das Großh. Amtsgericht hieselbst entsprechen, wenn nicht innerhalb 6 Wochen die Einsprache hiergegen erhoben wird.
Tauberbischofsheim, 22. März 1890.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Ledertle.

C. 877.3. Nr. 10.571. Pforzheim. Die Witwe des Steinbauers Jakob Heinrich Schuler, Maria, geb. Fink in Ettlingen, hat, nachdem die gesetzlichen Erben auf die Erbschaft verzichtet haben, um Einweisung in Besitz und Gewähr des Nachlasses ihres Ehemannes nachgesucht.
Diesem Gesuche wird entsprochen, wenn nicht binnen 6 Wochen Einwendungen dagegen erhoben werden.
Pforzheim, den 31. März 1890. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Sigmund.

Holzversteigerung.
D.9.1. Nr. 522. Von Großh. Bezirksforstfreiwerden aus dem Domänenwaldungen mit unregelmäßiger Zahlungsfrist versteigert: Dienstag den 22. April 1890, Mittags 1 Uhr, im Galtshaus zum Löwen in Eschbach aus Döhrst Konventwald: 254 tannene Sägklöße, 20 Baukämme und 6 Buchen, sowie 9 Loose unaufbereitetes Reichholz. Das Reichholz lagert auf dem Felzrenhausplatz und wird von Balzhüter Rombach in Eschbach auf Verlangen vorgezeigt. Sodann am gleichen Tage, Nachmittags 4 Uhr, im Galtshaus zum Löwen in Eschbach aus dem Belchenthalwaldungen: 46 tannene Sägklöße, 79 Baukämme, 1 Erde, 60 Ester tann. und buch Scheit- und Prügelholz und 4 Loose Abfallreis. Balzhüter Wiummann in Ebnet erteilt nähere Auskunft.

Bekanntmachung.
Alle Eigentümer von Liegenschaften in der Gemarkung Heiligkreuzsteinach, zu deren Gunsten Grunddienstbarkeiten bestehen, werden hiermit aufgefordert, zum Zweck der Aufstellung des Lagerbuchs diese Dienstbarkeiten dem am
Donnerstag den 17. April auf dem Rathhause in Heiligkreuzsteinach anwesenden Lagerbuchbeamten unter Anführung der bezüglichen Rechtsurkunden zu bezeichnen.
Neuenheim, 12. April 1890.
Reiber, Bezirksgeometer.